

Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lesenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Andrij Melnyk hat seine Mission in Deutschland erfüllt: Er durfte einfach alles](#)
2. [«Die OSZE ist an erster Stelle für die Aufrechterhaltung des Friedens und für Konfliktbeilegung zuständig»](#)
3. [Die Corona-Politik wollte nie wissen, ob sie funktioniert - und daran ist sie gescheitert](#)
4. [Der Geldmengenwahn und die Realität](#)
5. [Haushalte unter Druck: Die Energiearmut erreicht die Mittelschicht](#)
6. [Lindner plant drastische Leistungskürzungen für Langzeitarbeitslose](#)
7. [Leistungsniveau von Viertklässlern sinkt deutlich](#)
8. [Diese Bahn liegt in den letzten Zügen](#)
9. [Mühsamer Wiederaufbau im Ahrtal: "Menschen sind erschöpft, zermürbt, enttäuscht"](#)
10. [Sommer, Sonne, erwerbslos](#)

**Vorbemerkung:** *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Andrij Melnyk hat seine Mission in Deutschland erfüllt: Er durfte einfach alles**  
Manche Journalisten behandelten Andrij Melnyk wie verliebte Teenager, die Bundesregierung schwieg zu seiner Faschistenverharmlosung. Nun holt Kiew den Botschafter der Ukraine nach Hause. Er ist in eine Falle getappt  
Nun ist „der erfrischend andere Botschafter“ doch noch gestolpert. Andrij Melnyk, Deutschlands bekanntester Undiplomat, wird nach Kiew zurückbeordert, um dort

einen Posten im Außenministerium zu übernehmen. Er hat seine Sache, wie man so sagt, überhissen.

Zwei Dinge sind an seinem Abgang bemerkenswert. Erstens: Die deutsche Politik hat sich zu keinem Zeitpunkt getraut, Melnyk in die Schranken zu weisen. Zweitens: Die liberalen Leitmedien haben in eklatanter Weise versagt.

Gehen Fernsehtalker und Großkolumnisten sonst bei jedem Naziverdacht sofort in moralisch korrekte Habacht-Stellung, erlagen sie hier wie verliebte Teenager Andrij Melnyks zweifellos vorhandenem Charme. Es war „der Gutenberg-Effekt“. Da trat ein Diplomat nicht wie ein Diplomat auf, sondern kämpfte hemmungslos und „scharfzüngig“ für eine „gerechte Sache“. Nichts lieben voreingenommene, politisch oft naive Journalisten mehr als „unverstellte Direktheit“! Und Melnyk war stets für eine Schlagzeile gut. Wie ein Popstar wurde er durch die Talkshows gereicht und durfte jeden abkanzeln, der sich seiner beschränkten Weltsicht in den Weg stellte. Auch der Kanzler, der Bundespräsident und Deutschlands beliebteste Intellektuelle bekamen das zu spüren. Er nannte sie Loser, Arschlöcher und beleidigte Leberwürste. Der Krieg in der Ukraine brachte es mit sich, dass selbst „Aufklärungsorgane“ wie der Spiegel und das öffentlich-rechtliche Fernsehen artig über Melnyks Faschistenverharmlosung hinwegsahen. Niemand konfrontierte ihn damit.

Quelle: [Wolfgang Michal in der Freitag](#)

dazu: **Ranga Yogeshwar: „Liebe Regierung, Herr Melnyk ist untragbar“**

Ranga Yogeshwar verteidigt im Streitgespräch mit t-online seine Position zum Ukraine-Krieg. Mehr noch: Er fordert die Bundesregierung auf, Andrij Melnyk vorzuladen. [...]

Von amoralisch habe ich weniger viel vernommen als von der doch recht sachlichen Kritik, dass es unrealistisch erscheint, mit Wladimir Putin momentan ein Gespräch auf Augenhöhe zu führen.

Ach ja? Sie kennen den Tweet des ukrainischen Botschafters Andrij Melnyk? „Nicht schon wieder, what a bunch of pseudo-intellectual losers, ihr alle Varwicks, Vads, Kluges, Prechts, Yogeshwars, Zehs und Co. sollt euch endlich mit euren defätistischen ‘Ratschlägen’ zum Teufel scheren.“ Und ich sage dazu drei Sachen. Das Erste ist, ich finde, dass es nicht sein kann, dass wir in einer Debatte im Grunde genommen einen Austausch von Argumenten ersetzen durch persönliche Diffamierung. Das Zweite ist, Herr Melnyk ist der offizielle Botschafter der Ukraine. Ich bin als Bürger der Bundesrepublik an einem Punkt, an dem ich sage: Liebe Regierung, liebes Auswärtiges Amt, bestellen Sie diesen Botschafter ein. Dieser Mann ist als Diplomat untragbar geworden.

Vermutlich spricht er von Defätismus, weil er in Ihren Appell sehr viel Schwarzseherei

hineininterpretiert.

Womit wir bei meinem dritten Punkt wären: Ich habe meine Zweifel, dass Herr Melnyk als Person eine ukrainische Position vertritt. Oder ist es tatsächlich die Position der Ukraine, dass Demokratien keine Diskussion führen dürfen und dass diese in Form von Verleumdungen abgewürgt werden? Jeder andere Botschafter der Welt wäre bei solchen Aussagen schon längst einbestellt worden.

Quelle: [t-online](#)

## 2. **«Die OSZE ist an erster Stelle für die Aufrechterhaltung des Friedens und für Konfliktbeilegung zuständig»**

«Sicherheit kann nur als Resultat eines gemeinsamen Prozesses gewährleistet werden»

Interview mit dem Bundestagsabgeordneten Andrej Hunko

Zeitgeschehen im Fokus Vom 2. bis 6. Juli findet in Birmingham in England das jährliche Treffen der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) statt. Kann man sich davon etwas für die aktuelle Krise versprechen?

Bundestagsabgeordneter Andrej Hunko Die OSZE ist die zuständige Organisation für den ganzen Bereich der europäischen Sicherheitspolitik. Dort sind alle europäischen Staaten Mitglied, auch Russland, Belarus, die Ukraine, Kasachstan und alle übrigen postsowjetischen Staaten sowie die USA und Kanada. Das heisst, die OSZE ist neben der Uno die internationale Organisation, die in solch einer Krise, wie wir sie im Moment erleben, aktiv werden sollte. Sie müsste Initiativen starten und eine vermittelnde Rolle übernehmen und insbesondere Verhandlungen favorisieren. Aber die Signale im Vorfeld des Treffens deuten nicht darauf hin, dass es eine positive Wende geben könnte.

Was sind das für Signale?

Die russischen und belarussischen Abgeordneten haben keine Visa für Grossbritannien bekommen. Grossbritannien verweigert die Ausstellung der Visa. Wenn diese Länder ausgeschlossen sind, wird bei den Verhandlungen auch nicht sehr viel herauskommen. Alles, was dort entschieden und beschlossen wird, werden weder Russland noch Belarus anerkennen.

Quelle: [Zeitgeschehen im Fokus](#)

dazu: **Globale Sicherheit geht nur gemeinsam!**

Die Notwendigkeit und die Relevanz nuklearer Abrüstung zeigen sich in den Ereignissen und politischen Entscheidungen der letzten Monate. Der Atomwaffenstaat Russland droht in dem bisher konventionell ausgetragenen Ukrainekrieg mit dem Einsatz von Atomwaffen, falls seitens der Nato interveniert wird oder die Existenz des

Staates auf dem Spiel steht.

Schon vorher hatten alle neun Atomwaffenstaaten mit einem neuen nuklearen Wettrüsten durch die Modernisierung ihrer Atomwaffen begonnen. Aufrüstung und militärische Drohgebärden nehmen zu; die deutsche Bundesregierung hat mit Hilfe der Opposition im Eiltempo die enorme Summe von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr per Grundgesetzänderung bereitgestellt, während Russland erklärt, seine Abschreckungskräfte kampfbereit gemacht zu haben.

Und: Die US-Regierung will erneut US-Atomwaffen auf dem Militärstützpunkt Lakenheath in Großbritannien stationieren. Wir erleben einen Bewaffnungsreflex aller unmittelbar und mittelbar vom Ukraine-Krieg betroffenen Staaten.

In der Friedenslogik entspricht das dem "Mythos der erlösenden Gewalt". In einem Konflikt wie dem Ukraine-Krieg, in dem sich Atomwaffenstaaten gegenüberstehen, ist ein solches Handlungsmuster über alle Maßen gefährlich. Eine Eskalation könnte in einem Atomkrieg und damit in dem Ende unserer Welt, wie wir sie kennen, enden.

Quelle: [Telepolis](#)

dazu auch: **Ein schrecklicher Preis für die NATO-Erweiterung**

Der NATO-Gipfel in Madrid hat Ende Juni den Beitritt Schwedens und Finnlands zum Bündnis beschlossen - oder doch noch nicht?

Das Familienbild vom letzten NATO-Gipfel in Madrid sollte vor allem Einigkeit unter Gleichen symbolisieren: Männer und Frauen, die ihre Differenzen in friedlichen Debatten lösen und schwierige Beschlüsse in Einigkeit treffen. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg pries auf der abschliessenden Pressekonferenz auch wortreich die «ungebrochene Geschlossenheit aller 30 Mitgliedstaaten» und nannte das neue Strategiepapier, das Russland erstmals «als grösste und unmittelbarste Bedrohung für die Sicherheit der Verbündeten und für Frieden und Stabilität im euro-atlantischen Raum» bezeichnet, wegweisend. Er begrüßte schliesslich die Erweiterung des Bündnisses um zwei weitere Mitglieder, Schweden und Finnland. Dass die Norderweiterung in erster Linie dank seinen unermüdlichen Bemühungen gelungen war, machte ihn offenkundig stolz.

Zur selben Stunde und unweit vom NATO-Generalsekretär beteuerte der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan den Medien seines Landes, dass der Beitritt der zwei NATO-Anwärter keineswegs beschlossene Sache sei: «Das unterzeichnete Abkommen ist nur ein Anfang, eine Einladung», sagte der Gast aus dem Osten. Wie er ausführte, müssten Schweden und Finnland zunächst ihren Zusagen treu bleiben. Andernfalls würden ihre Mitgliedschaften dem türkischen Parlament einfach nicht vorgelegt. «Dieses Abkommen wird nicht zustande kommen, wenn es nicht von unserem Parlament gebilligt wird», sagte er. Auch Erdoğan war in triumphaler Laune. Was trifft

in Wirklichkeit also zu?

Quelle: [Globalbridge](#)

### 3. **Die Corona-Politik wollte nie wissen, ob sie funktioniert - und daran ist sie gescheitert**

Welche Corona-Maßnahmen wirken? Das sollte eine Expertenkommission prüfen. Aber es gelang ihr kaum - weil so viele Daten fehlen. Es ist ein Desaster. (...)

Das war fahrlässig. Wenn sich nach diesem Bericht nicht sofort etwas daran ändert, nicht alles versucht wird, um die Datenlage zu verbessern, muss man sagen: Es war vorsätzlich. Wie wollen Politiker eigentlich Maßnahmen gegen eine neue Corona-Welle begründen und durchsetzen nach diesem Bericht?

Hendrik Streeck betonte eine Erkenntnis der Kommission ganz besonders:

Maßnahmen können ihre Wirkung überhaupt nur entfalten, wenn sie von der Bevölkerung akzeptiert und aktiv mitgetragen werden. Wenn die Leute keine Lust mehr haben, kann die Regierung beschließen, was sie will. Es bringt dann kaum noch etwas. Masken hängen dann so schief im Gesicht, dass man sie auch absetzen könnte, Tests werden lustlos gemacht, Lockdowns umgangen.

Gerade in dieser Hinsicht hat das Fehlen von Daten zukünftigen Maßnahmen schon jetzt schweren Schaden zugefügt.

Quelle: [Berliner Zeitung](#)

### 4. **Der Geldmengenwahn und die Realität**

In den vergangenen Monaten haben wir uns leider schon einige Male mit der Konfusion um die „Inflation“ und die „Geldmengen“ auseinandersetzen müssen. Es wird aber nicht besser, sondern schlimmer. Jüngster Höhepunkt ist der Spiegel vom 1. Juli 2022, wo Tim Bartz und Christian Reiermann eine reißerische Geschichte von den „Geldschwemmen“ der Notenbanken zu Papier bringen. Auch der Arbeitgeberpräsident, Rainer Dulger, kennt die Theorie von Geldmenge und Inflation. Er meint, die Notenbank sei zwar unabhängig, aber man könne „ja zumindest mal höflichst drum bitten, dass die Geldmenge im Markt reduziert wird, dass die Zinsen erhöht werden. Dass all diese Inflationsbremsen, die wir so kennen aus der Theorie, auch gezogen werden.“

Wir haben schon mehrfach erklärt, warum der Monetarismus mit seinem Geldmengenkonzept vollkommen zu Recht der Vergangenheit angehört (siehe dazu unsere Beiträge in der Geldserie). Für die Vorstellung, es gebe eine Menge von der Zentralbank zur Verfügung gestellten Geldes, die auf geheimnisvolle Weise die Entwicklung des Preisniveaus bestimme, gibt es weder eine fundierte Theorie (die immer wieder herangezogene sogenannte Quantitätsgleichung ist gerade keine Theorie, sondern eine Identität) noch fundierte Empirie.

Quelle 1: [Relevante Ökonomik](#)

Quelle 2: [Friederike Spiecker](#)

#### 5. **Haushalte unter Druck: Die Energiearmut erreicht die Mittelschicht**

Ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland gibt mehr als zehn Prozent des Einkommens für Gas, Strom und Öl aus. Inzwischen sind nicht mehr nur arme Menschen betroffen.

Die steigenden Energiepreise bringen viele Haushalte in Deutschland in Bedrängnis: Knapp jeder Vierte (25,2 Prozent) ist von sogenannter Energiearmut betroffen. Das ergab eine aktuelle Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Im vergangenen Jahr lag die Quote noch bei 14,5 Prozent.

“Die Gefahr für Energiearmut ist enorm gestiegen”, sagt Ralph Henger, Ökonom für Wohnungspolitik beim IW, gegenüber Welt am Sonntag (WamS). Eine vergleichbare Entwicklung habe es selbst während der Ölkrise in den 1970er-Jahren nicht gegeben. “Galoppierende Energiepreise setzen private Haushalte zunehmend unter finanziellen Druck.”

Als energiearm gilt ein Haushalt, der mehr als zehn Prozent seines Nettoeinkommens für Energie aufwenden muss. Diese Definition umfasst die Ausgaben für Heizen, Warmwasseraufbereitung, Kochen und Strom. Kraftstoffe für Autos werden allerdings nicht berücksichtigt.

In erster Linie sind Menschen mit einem geringen Einkommen betroffen oder Personen, “die sich in schwierigen (Übergangs-) Phasen befinden”, heißt es in der Studie. Zum Beispiel: Arbeitslose, Rentner, Alleinerziehende. Vor allem sie geraten in Gefahr, ihre Ausgaben für Energie nicht mehr ohne fremde Hilfe decken zu können.

Quelle: [Telepolis](#)

#### 6. **Lindner plant drastische Leistungskürzungen für Langzeitarbeitslose**

Finanzminister Christian Lindner (FDP) will in den kommenden Jahren stark bei der Förderung von Langzeitarbeitslosen sparen. Das berichtet der „Spiegel“ unter Berufung auf den Haushaltsentwurf für 2023.

Konkret sollen demnach für das kommende Jahr „Leistungen zur Eingliederung in Arbeit“ in der Grundsicherung für Arbeitsuchende von aktuell gut 4,8 Milliarden Euro auf 4,2 Milliarden Euro gekürzt werden – ein Minus von insgesamt 609 Millionen Euro. Mittelfristig sollen offenbar vor allem die Mittel für mehrjährige Förderungen weitgehend abgeschmolzen werden. Bis 2029 werden die Fälligkeiten entsprechender Verpflichtungsermächtigungen der Planung zufolge auf jährlich nur noch fünf Millionen Euro reduziert. Bleibt es bei der Kürzung, dürfte der sogenannte Soziale Arbeitsmarkt, auch bekannt als Förderung nach Paragraph 16i des Zweiten Sozialgesetzbuchs, de facto vor dem Aus stehen.

Quelle 1: [OOZ](#)

Quelle 2: [DER SPIEGEL](#)

dazu: **Brandbeschleuniger**

Christian Lindner hat den Ernst der Lage noch nicht erkannt. Es herrscht Krieg in Europa. Putin dreht uns den Gashahn ab. Das wird unser Land in eine schwere Wirtschaftskrise stürzen. Die Euro-Krise und die Coronakrise kommen zurück. Der Haushaltsentwurf steuert nicht gegen diese Entwicklung, sondern wirkt wie ein zusätzlicher Brandbeschleuniger.

Die Sorgen des Finanzministers Lindner und die Sorgen unserer Bevölkerung liegen weit auseinander. Lindner sorgt sich um die ökonomisch unsinnige Schuldenbremse. Ein drittes Entlastungspaket soll es wegen der angespannten Haushaltslage nicht geben. Die wichtigen Sozialprojekte des Koalitionsvertrages liegen aus Kostengründen auf Eis.

Unternehmen werden entlastet, und die Bürgerinnen und Bürger werden mit der Inflation allein gelassen. Die Ausgaben zur Eingliederung in Arbeit werden gegenüber 2022 um 600 Millionen Euro gekürzt. Glaubt wirklich noch jemand in der Regierung, dass die Zahl der Erwerbslosen sinken wird? (...)

Unbegrenzt Geld hat Lindner nur für die Bundeswehr. Nach NATO-Kriterien bekommt die Bundeswehr 55,6 Milliarden Euro in diesem Jahr. Obendrauf gibt es ein 100-Milliarden-Sondervermögen für die Aufrüstung. Gleichzeitig werden die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Vergleich zum Vorjahr um 10,3 Prozent gesenkt. Die Bundesregierung investiert zuwenig in die Schiene und zuviel Geld in den Straßenbau. Der Kauf von Elektroautos wurde 2022 mit fünf Milliarden Euro subventioniert, obwohl es dafür gar keiner Anreize bedarf. Es gibt weniger E-Autos als Käufer.

Allein im März 2022 haben Ölkonzerne 3,3 Milliarden Euro Extraprofit gemacht. Die Bundesregierung will die Extragewinne nicht besteuern. Das zeigt, dass sich die Bundesregierung nur als Vermögensverwalter der reichsten 0,7 Prozent der Bevölkerung versteht.

Wir brauchen ein Rettungspaket im Herbst und nicht erst im nächsten Jahr. Wir fordern einen Preisdeckel für Mieten, Energie, Strom und Grundnahrungsmittel. Wir fordern die sofortige Erhöhung des Hartz-IV-Satzes um 200 Euro im Monat. Wir wollen diese Rettungspakete aus einer Übergewinnsteuer finanzieren.

Quelle: [Gesine Löttsch in junge Welt](#)

## 7. **Leistungsniveau von Viertklässlern sinkt deutlich**

Grundschulkindern in Deutschland haben zunehmend Mathe- und Deutschprobleme und sind im Zehn-Jahres-Vergleich in ihren Kompetenzen deutlich zurückgefallen. Das

zeigt eine von der Kultusministerkonferenz (KMK) vorgestellte Studie, die im Abstand von fünf Jahren den Stand bei Viertklässlern repräsentativ untersucht. Geschlossene Schulen in der Corona-Pandemie sind nach Ansicht der KMK mitverantwortlich.

Experten sehen aber auch andere Gründe. (...)

Als mögliche Ursachen neben Corona werden Veränderungen in der Zusammensetzung der Schülerschaft, neue schulische Vorgaben und organisatorische Veränderungen in den Schulen genannt. (...)

Die Studie bestätigt nicht nur, dass Erfolg in der Schule stark vom Elternhaus abhängt, sondern kommt zu dem Ergebnis, dass der Zusammenhang zwischen Kompetenzen und "sozioökonomischem Status" der Familie sogar in allen Bereichen "signifikant" zugenommen habe.

Verwiesen wird auch darauf, dass sich die "zuwanderungsbezogene Heterogenität" der Schülerschaft zwischen 2016 und 2021 weiter erhöht habe. Die stärksten Kompetenzrückgänge seien fast durchgängig für Schüler zu verzeichnen, die im Ausland geboren sind. Bei Schülern ohne Zuwanderungshintergrund fielen sie geringer aus.

Quelle: [n-tv](#)

**Anmerkung Christian Reimann:** *Trotz der Ergebnisse nimmt die Armut hierzulande zu. Und bedingt durch den militärischen Konflikt in der Ukraine [steigen auch in diesem Jahr die Zuwanderungszahlen](#)*

## 8. Diese Bahn liegt in den letzten Zügen

Wie sehr Bayerns Schienennetz in die Jahre gekommen ist, das dokumentiert allein schon diese Zahl. Gerade mal rund 50 Prozent der Bahnstrecken sind elektrifiziert. In vielen Landesteilen, zum Beispiel in großen Teilen des Allgäus, sind noch Dieselmotoren unterwegs. Das ist in etwa so, leicht überspitzt formuliert, als ob auf der Hälfte von Bayerns Straßen nur Oldtimer fahren dürften. Dann sind da noch die häufigen Baustellen, weil das Schienennetz an vielen Stellen saniert werden muss; und zahlreiche eingleisige Strecken. Man stelle sich vor, Bayerns neuer Verkehrsminister Christian Bernreiter würde das den Autofahrerinnen und -fahrern zumuten. Einspurige Straßen mit Ausweichstellen alle Kilometer. Bernreiter könnte gleich wieder zurücktreten. (...)

Eine Kurskorrektur ist in der CSU nicht absehbar. Auch unter Partei- und Regierungschef Markus Söder nicht. Eigentlich könnte Söder das Amt des Verkehrsministers gleich wechselweise den beiden großen Autokonzernen in Bayern überlassen, Audi und BMW. Bislang hätte das jedenfalls an den Ergebnissen nicht viel geändert. Bernreiters Spielraum, das zu ändern, sofern er das überhaupt wollen



würde, dürfte begrenzt sein.

Quelle: [Süddeutsche](#)

dazu: **Desolate Lage der Deutschen Bahn: Es rumpelt überall**

In 140 Ländern ist die Deutsche Bahn AG mit Bussen, Flugzeugen, Schiffen, Lkws, Krankenwagen, Elektroautos unterwegs. Mit rund 800 Gesellschaften, Firmen und Firmenbeteiligungen agiert sie rund um den Globus. Für wen? Wozu? Diese Deutsche Bahn AG ist seit 20 Jahren, seit dem unheilvollen Agieren des damaligen Bahnchefs Hartmut Mehdorn, keine Deutsche Bahn mehr. Sie ist nur noch ein Anhängsel in einem Reich, über dem die Sonne nie untergeht.

Wer in Katar das Streckennetz ausbaut, in Dubai mit Lufttaxis experimentiert, wer Biogasbusse in Dänemark fahren lässt, wer Marktführer im Schiffsverkehr zwischen China und den USA ist und einer der größten Luftfrachtunternehmer der Welt - hat der noch Lust und Zeit, Züge von Itzelberg nach Mergelstetten zu organisieren? Kümmert der sich gern um marode Brücken, die im ganzen Land die ICEs zum Langsamfahren zwingen? Nein. Und deshalb rumpelt es überall.

Gut die Hälfte des DB-Konzernumsatzes stammt heute aus Auslandsgeschäften. Viel Geld wird da bewegt, der Gewinn aber ist gering. Mehr als 10 Milliarden Euro gingen für diese Auslandseinsätze drauf, Investitionen, die sich nicht amortisieren.

Investitionen, gegen die sich, manchmal, Menschen wehren. Ganz aktuell: In Mexiko beteiligt sich der Staatskonzern an dem gigantischen Bahnprojekt „Tren Maya“, einer Trasse von über 1.500 Kilometern - auch quer durch Regenwälder.

Quelle: [Arno Luik in der taz](#)

**9. Mühsamer Wiederaufbau im Ahrtal: “Menschen sind erschöpft, zermürbt, enttäuscht”**

- Der Bau-Ausschuss des Bundestags hat Betroffene und Experten aus dem Ahrtal zu Lehren aus der Flutkatastrophe im Juli 2021 befragt.
- Der Wiederaufbau stößt auf mehrere Probleme: explodierende Preise, zu viel Bürokratie, zu wenig Koordinierung.
- “Wir haben hier eine hochkomplexe Katastrophe, die wir noch nicht abgewickelt haben”, sagt ein Ingenieur aus der Region.

Mehrere Meter hoch drückte sich die Flut durch Heimersheim. Im Lager von Frank Wershofens Sanitärbetrieb stand das Wasser fünf Meter hoch. Monatelang dauerte das

Schlammschippen danach. Der Kreishandwerksmeister erlebte viel Solidarität: Aus ganz Deutschland kamen Menschen, um zu helfen. Doch ein knappes Jahr nach der Flut sind immer noch nicht alle Häuser getrocknet - genauso wenig wie die Tränen. "Wir sind so langsam am Ende unserer Kräfte angelangt. Es ist jeden Tag etwas anderes", sagt er.

Quelle: [web.de](#)

#### 10. **Sommer, Sonne, erwerbslos**

Zum Ferienstart werden wieder Tausende Lehrkräfte zum Zwangsurlaub auf Beitragszahlerkosten verdonnert. Baden-Württemberg gibt den Vorreiter. Es gibt solche und solche Lehrkräfte in Baden-Württemberg: Die einen fleht die Landesregierung an, wegen des grassierenden Pädagogenmangels mehr und länger zu arbeiten. Die anderen landen zum Start der Ferien in drei Wochen in der Erwerbslosigkeit. »Willkommen in The Länd«, einem der reichsten Bundesländer Deutschlands. Dafür, ein paar tausend befristet angestellte Lehrerinnen und Lehrer über die Sommerpause hinweg im Schuldienst zu halten, reicht das Geld allerdings nicht. 15 Millionen Euro, die das laut Kultusministerium kosten würde, sind anderswo offenbar besser angelegt. Allein die neue Imagekampagne für das Land verschlingt 21 Millionen Euro....

Quelle: [junge Welt](#)

dazu: **Grüne Strategie gegen Lehrermangel**

Grüne Strategie gegen Lehrermangel in BaWü:

Ministerpräsident Kretschmann bittet Lehrer in einem Brief länger zu arbeiten oder später in Rente zu gehen.

Gleichzeitig schickt er 4.000 Lehrer über die Sommerferien in die Arbeitslosigkeit, um 15 Millionen € Gehalt zu sparen.

— Maurice Höfgen (@MauriceHoefgen) [July 5, 2022](#)